

150 Jahre Kapitalismus-Kritik

Zur Rezeption des *Manifests* in Deutschland

Von Rolf Hecker

Tokio, 9. Dezember 2006

[Folie 1, Titel oben]

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu dem heutigen Symposium und möchte den japanischen Kollegen und Freunden meine Wertschätzung dafür aussprechen, dass wir vor einem solch vielschichtigen Publikum über die bedeutendste Programmschrift zweier berühmter Deutscher sprechen können. Für diese Gelegenheit möchte ich ebenso der gastgebenden Rikkyo-Universität danken und ihr anlässlich des 100jährigen Bestehens gratulieren.

Ich möchte zur Rezeption des *Kommunistischen Manifests* in Deutschland sprechen. Die 1848 von Marx und Engels verfasste Programmschrift hat anlässlich ihre 150jährigen Erscheinens (1998) eine außerordentlich Renaissance in aller Welt erfahren, so auch in Deutschland. Ich möchte mich darauf beschränken, einige Gedanken rückblickend auf die zu diesem Jubiläum in unserem Land erschienenen Publikationen und stattgefundenen Diskussionen zu formulieren.

[Folie 2 „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“]

Wer kennt Sie nicht, den Anfangs- und Satzesatz aus dem *Manifest* – „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“, „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Geschrieben wurden diese 23 Seiten der Originalausgabe von zwei gerade 30- bzw. 28jährigen Emigranten, der eine Doktor der Philosophie, der andere Fabrikantensohn. Sie wurden auf dem Dezemberkongress 1847 des Bundes der Kommunisten beauftragt, ein *Manifest der Kommunistischen Partei* zu verfassen. Die Linke wollte sich ein Programm geben, das in die Zukunft zeigt und sie unter einem gemeinsamen Dach vereint. Als Ende Januar 1848 immer noch nicht die Schrift vorlag, begann die Zentralbehörde Druck auszuüben: „wenn das *Manifest* nicht bis Dienstag 1. Februar d.J. in London angekommen ist, [werden] weitere Maßnahmen gegen ihn [Marx] ergriffen werden“. Obwohl auf dem Titelblatt „Februar 1848“ steht, erschien es nicht vor dem 1. März. Einen detaillierten Editionsbericht hat 1995 der Berliner Wirt-

schaftshistoriker *Thomas Kuczynski* vorgelegt.¹ Marx und Engels hatten ihren Auftrag erfüllt, aber weder die Autoren, noch die Auftraggeber hatten geahnt, dass damit ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung innerhalb weniger Wochen entstanden war.

[Folie 3 Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland]

Rückblickend ist dieser Entstehungsprozess immer wieder faszinierend; vor allem dann – und so wird es auch vielen von Ihnen gehen –, wenn man seit über 30 Jahren in einer linken politischen Bewegung verankert ist und einige Programmdebatten miterleben durfte, manchmal ziemlich hautnah. Wie Sie wissen, bereiten sich in Deutschland zur Zeit zwei Parteien – nämlich die Linkspartei (bisher „Partei des Demokratischen Sozialismus“, PDS) und die „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) – auf eine Vereinigung zu einer starken Linkspartei im nächsten Jahr vor. Aus diesem Grund werden jetzt „Programmatische Eckpunkte“ diskutiert. Die Karikaturisten kommentieren dieses Ereignis auf ihre Weise. Wir allen hoffen sehr, dass dieser Einigungsprozess gelingen möge. Im Moment ist der programmatische Streit über das Ziel der Bewegung entbrannt, denn in den „Eckpunkten“ wird der „demokratische Sozialismus“ als solches ausdrücklich nicht genannt. So meint also *Gregor Gysi* (Linkspartei) zu *Oskar Lafontaine* (WASG) – beide sind die Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag –, dass beim Scheitern der Vereinigung letzterer die Kinder („Störenfriede“ – rechts dargestellt durch den Wurf einer Handgranate) behalten solle. Zum Verhältnis zu Marx oder gar zum *Kommunistischen Manifest* finden sich ebenfalls keine Aussagen in dem Eckpunktepapier. Jedoch sollte man sich durchaus des Hinweises erinnern, den Engels 1894 dem italienischen Sozialisten *Giuseppe Canepa* gab, der sich an Engels mit der Bitte gewandt hatte, ein Motto vorzuschlagen, das in gedrängter Kürze „den Geist des künftigen neuen Zeitalters“², also die Grundidee des Kommunismus ausdrücke. Engels verwies auf folgenden Satz des *Manifests*: „An die Stelle der alten bürgerlichen Ordnung mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“³

¹ Das Kommunistische Manifest. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht von Thomas Kuczynski (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Nr. 49), Trier 1995, zur Datierung siehe S. 63.

² Engels an Giuseppe Canepa, 9. Januar 1894. In: MEW, Bd. 39, S. 194.

³ MEW, Bd. 4, S. 482.

[Folie 4 Programmdebatten der Linken]

Bei der letzten Programmdebatte der PDS im Jahre 2003 schrieb ich zum Thema „Marx im Parteiprogramm“: „Es scheint mir erneut die Gefahr zu bestehen, Marx als ‚Steinbruch‘ zu verwenden, um diese oder jene Formulierung zu verteidigen. Ich plädiere dafür, Formulierungen zu wählen, die alle progressiven geistigen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts einschließen, auf die sich die PDS berufen kann, denn unsere Analyse sollte die vielfältigen intellektuellen Ansätze einer Kapitalismus-Kritik und von Sozialismus-Vorstellungen berücksichtigen.“ Und weiter habe ich gefordert: „Ungern wiederhole ich Altbekanntes, wenn es um Marx oder Engels geht: bitte berücksichtigt immer die konkret-historische Situation ihrer Aussagen, egal ob im *Kommunistischen Manifest*, im *18. Brumaire des Louis Bonaparte* oder in der *Kritik am Erfurter Programm*. Es muss (nicht erst seit 1990) immer wieder deutlich gesagt werden: Marx und Engels haben *kein* Sozialismusmodell entworfen, sie haben lediglich, wie vielleicht in der *Kritik des Gothaer Programms*, einige Grundzüge einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung *angedeutet*. Genial und unübertroffen ist und bleibt Marx’ Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise.“

[Folie 5 Neuauflagen des *Manifests* 1998 in Deutschland]

Es hieße „Eulen nach Athen zu tragen“ – also Bekanntes zu Gehör zu bringen –, wenn ich Ihnen die wichtigsten inhaltlichen Grundzüge des *Manifests* referieren würde. Ich möchte Ihnen die allgemeinen Charakteristika des *Manifests*, wie sie im Jahre 1998 – also zum 150. Jahrestag seines Erscheinens – von deutschen Autoren vorgetragen wurden, präsentieren. Das wird es erlauben, Rückschlüsse für die Programmatik der Linken zu ziehen. Begleitet wurde die Diskussion, die sich in Fachzeitschriften, Zeitungsartikeln und Konferenzen sowie Podiumsgesprächen niederschlug, durch Neuauflagen des *Manifests* in einer Reihe von deutschen Verlagen (unter anderen v.l.n.r.): Argument Hamburg⁴, Reclam Stuttgart⁵, Karl Dietz Berlin⁶, Neue Impulse Verlag Essen⁷. Die Auflagen waren in der Regel schnell abgesetzt, was von großem allgemeinen Interesse zeugt. Zu diesem guten Absatz hat sicherlich die mediale Aufmerksamkeit beigetragen. Ich möchte dazu zunächst einige Pressestimmen resümieren.

⁴ Mit einem Vorwort von Eric J. Hobsbawm.

⁵ Mit einem Nachwort von Iring Fetscher.

⁶ 1. Auflage 1967, mit Holzschnitten von Frans Masareels.

⁷ Herausgegeben im Auftrag des Förderkreises Marx-Engels-Ausgaben e.V. von Martin Hundt..

[Folie 6 Pressestimmen 1998]

„So viel Hoffnung war nie“⁸ – die Bildunterschrift lautet: „Die letzten Klasseninstinkte: Streikende Bergarbeiter in Ketten, Bonn, 10. März 1997“. Der bekannte Berliner Soziologe *Wolfgang Engler* geht auf das handelnde Subjekt in der Geschichte ein und beschreibt die Rolle des Proletariats. „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Dieser Satz aus dem *Manifests* sei der am häufigsten kommentierte Satz der Moderne und es zeige sich mit Blick auf die Geschichte des Kapitalismus, so *Engler*, dass er eine Illusion ausdrückt: es waren Illusionen, aber sehr erhabene. Der Autor kommt zur Schlussfolgerung, dass nur das Kapital *revolutionär* geblieben ist: „Nachdem es den Erdkreis erobert, alle äußeren Schranken niedergeworfen hat, löst es sich nun auch von seiner inneren, scheinbar ultimativen Grenze – der wertschöpfenden Arbeit. Nicht das Proletariat, die Bourgeoisie scheint zum Totengräber ihres Widerparts bestimmt. Täglich arbeitet sie an seinem Verschwinden.“ So bleibt *Engler* nur zu konstatieren, dass die Schicksalsfrage sein wird, wie der stoffliche Reichtum unter den Menschen verteilt wird, und zwar unabhängig davon, ob sie zuvor gearbeitet haben oder nicht. Es werden nicht mehr Bourgeois und Proletarier sein, die diese Frage zu beantworten haben, sondern andere Akteure in einer neuen gesellschaftlichen Gestalt – welcher? – die Antwort bleibt der Autor schuldig.

Aber genau um diese Frage drehen sich auch die Debatten unter den Linken, wie der Bericht der „Berliner Zeitung“ (r.o.) vom großen internationalen Pariser *Manifest*-Kongress im Mai 1998 zeigt.⁹ Dort hatte der berühmte englische Historiker *Eric Hobsbawm* zwar formuliert, dass der „totale Triumph des Kapitalismus erst zeigt, wie richtig Marx’ Ideen sind“, aber der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) *Robert Hue* betonte, dass sich seine Partei von einer dogmatischen Marx-Interpretation verabschiedet habe. Ganz in diesem Sinn erklärte der französische Historiker *Claude Mazauric*, dass für Marx die Opposition „Proletariat“ und „Bourgeoisie“ eine strategische Vereinfachung gewesen sei. Die analytische Nützlichkeit des Gedankens bleibe erhalten, denn die zunehmende Polarisierung zwischen „Bevorzugten“ und „Benachteiligten“ ist offenkundig und kann an vielen Beispielen, auch aus Deutschland, wie noch gezeigt werden wird, belegt werden.

⁸ Berliner Zeitung. Magazin, Nr. 44, 21./22. Februar 1998, S. I/II.

⁹ Berliner Zeitung, Nr. 115, 19. Mai 1998.

[Folie 7 Unerfüllte Prophezeiungen]

Ehe ich auf die Debatte unter den Linken in Deutschland zu sprechen komme, möchte ich *Heinz Dieter Kittsteiner*, Professor für vergleichende europäische Geschichte an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, zitieren, dessen Beitrag in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht wurde.¹⁰ Auch er kommt, ähnlich wie *Engler*, zu der Feststellung, dass sich keine der Prophezeiungen des *Manifests* erfüllt haben. „Das ‚Proletariat‘ ist in Nordamerika, in West- und Mitteleuropa keine ‚revolutionäre Klasse‘ geworden, sondern hat es bestenfalls zu einem gewerkschaftlichen Bewusstsein gebracht, das auf seinen alljährlichen Lohnrunden besteht.“ Aber das ist doch nicht alles, denn als „ungebetener Gast“ steht die Globalisierung vor den Toren der alten Industrienationen und das umgehende Gespenst in Europa ist das Gespenst der Arbeitslosigkeit, gegen das selbst die bekannten keynesianischen oder anderen Wirtschaftsmodelle machtlos sind. Daher kommt auch *Kittsteiner* zu dem Ergebnis, dass es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit gibt, denn ein „wildgewordener Derivatkapitalismus ist auch kein schöner Anblick; er ruiniert Mensch und Umwelt gleichermaßen“. Deshalb müsse innerhalb des Systems eine andere Entwicklungsbahn gefunden werden – und wiederum bleibt die Frage – welche? – offen.

[Folie 8 Marx ist tot?]

Da diese Fragen – wer sind die neuen gesellschaftlichen Akteure? welche neue Entwicklungsbahn muss gefunden werden? – offen geblieben sind, ist es für die Konservativen einfach. Einer der dienstältesten Minister der CDU (Christlich Demokratische Union)-Regierung unter Bundeskanzler *Helmut Kohl*, *Norbert Blüm*, prägte im September 1989 den Ausspruch „Marx ist tot – und Jesus lebt!“. So verhielt sich auch einer der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, *Jürgen Jeske*, der titelte: „Totgesagte feiern Jubiläum“.¹¹ So ist für ihn das *Manifest* ein „Mythos“, es ist „religiös“ und hat „Erlösercharakter“. Zum Glück seien die „Ketten“ der „politischen Unterdrückung in kommunistischen Diktaturen“ abgeschüttelt worden. Andere Forderungen des *Manifests* habe die Marktwirtschaft auch ohne Marx verwirklicht. Sein Fazit: „Anders als im Weltbild von Marx und Engels sind die Industrieländer von heute jedoch offene evolutionäre Gesellschaften.“ Die „große Flexibilität“ und „Hoffnung für die freie und soziale Marktwirtschaft“ bestimme das Handeln der Politiker – gemeint ist wohl eher die Kapitalbewegung und die Profitmaximierung!

¹⁰ Neue Zürcher Zeitung, 24. Februar 1998.

¹¹ FAZ, 29. Januar 1998, S. 13.

[Folie 9 Iring Fetscher: Grundwerte der SPD]

Nun ein paar Worte zur Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Bekanntermaßen hatte sich die SPD bereits 1959 in ihrem „Godesberger Programm“ von Marx verabschiedet und ihr Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“ mit der „sozialen Marktwirtschaft“ verbunden. Auch in den vielen Debatten der 1968er Bewegung hat sie stets Marx mehr gefürchtet als die CDU. So ist es erstaunlich, dass sich einzelne Vertreter der SPD, vor allem aus der Grundwertekommission, immer mal wieder Marx zuwenden. Einer ist der bekannte Frankfurter Sozialwissenschaftler *Iring Fetscher*, der 1999 ein neues Nachwort zum *Manifest* veröffentlicht hat. Darin singt er ein Hohelied auf das Manifest als ein „sprachliches Kunstwerk“ und ordnet es präzise in seine historische Wirkungsgeschichte ein.

Nachdem *Fetscher* festgestellt hat, dass die Weltgeschichte einen anderen als von Marx und Engels erwarteten Verlauf genommen habe, kommt auch er auf das Proletariat zu sprechen: „Die von Marx beschriebene massenhafte Verelendung des Proletariats und dessen Konzentration in industriellen Großbetrieben ist durch die staatliche Sozialpolitik aller demokratischen Regierungen und seit einiger Zeit auch durch die Veränderung der Zusammensetzung der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung überwunden worden. In den am weitesten entwickelten Industriegesellschaften bilden die Industriearbeitnehmer innerhalb der Arbeitnehmer nur noch eine Minderheit.“ (S. 88) Und sein Fazit: „Es gibt Armut, sogar massenhafte, aber keine mehrheitsfähige und keine revolutionäre Armut. Die kapitalistischen Gesellschaften befinden sich in einem komplizierten, aber nicht zu radikalen politischen Umbrüchen führenden Übergang.“ (S. 89)

Selbst mit dem Hinweis auf die entwickelten kapitalistischen Länder scheint mir *Fetschers* Schlussfolgerung zu kurz gegriffen: Armut hat sich in den letzten zehn Jahren auch hier ausgebreitet – ich komme gleich darauf zurück –, aber das Kapital hat die Industriearbeitsplätze in andere Länder mit Niedriglöhnen und geringen Lohnnebenkosten verlagert, zugleich ist es mit niedrigeren Unternehmenssteuern belastet. Und genau darin besteht das Dilemma von Gewerkschaften und linken Bewegungen: sie haben es nicht geschafft, in einem weltweiten Netzwerk dem Kapital seine Grenzen aufzuzeigen und eine Solidarisierung der Arbeitnehmer zu erreichen.

[Folie 10 Diskussion unter den Linken]

Die Schwerpunkte der Diskussion unter den Linken kommen in den hier abgebildeten Überschriften von vier Sonderseiten der linken überregionalen Tageszeitung „Neues Deutschland“¹² zum Ausdruck:

- Recht und Gerechtigkeit (Berliner Rechtshistoriker *Hermann Klenner*)
- Die Barbarei des entfesselten Weltkapitalismus (Marburger Politologe *Frank Deppe*)
- Eigentumsfrage – auch heute noch die die Grundfrage der Bewegung (*Wolfgang Gehrcke*, damals stellvertretender PDS-Vorsitzender, jetzt im Vorstand der Linkspartei und Abgeordneter im Deutschen Bundestag)
- Die soziale Frage (Berliner Philosoph *Peter Ruben*)

Gehrcke stellt heraus, dass die Form der kapitalistischen Produktion und Vergesellschaftung sich seit Marx' Zeiten völlig gewandelt hat. „Der Formierungsprozess der Arbeiter zur Klasse, zum einheitlich handelnden Subjekt hat nicht stattgefunden. ... Die Differenziertheit der Interessen und der Lebenslage der abhängig Beschäftigten ist heute größer denn je.“ Deshalb sieht er die Aufgabe der Linken in der „Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Regularien in Wirtschaft, Politik, Kultur, Verteilung von Macht und Reichtum“. Unter diesem Blickwinkel müsse auch das Eigentum an Produktionsmitteln gesehen werden. Auch es hat einen Wandel vollzogen: ganz im Sinne von Marx und Engels ist jetzt offensichtlich das Kapital ein gesellschaftliches, kein persönliches Verhältnis. Die neuen Erscheinungsformen der Eigentumsfragen erfordern deshalb Kontroll- und Eingriffsrechte bei Banken, Fonds und Industriegesellschaften, d.h. Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie sowie betrieblicher und parlamentarischer Mitbestimmung.

Ausgehend von diesen angesprochenen Grundfragen behandelt *Klenner* das Verhältnis von (bürgerlichen) Recht und Gerechtigkeit. Er macht deutlich, wie parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf für die Anerkennung von Arbeiter- und Volksinteressen in Gesetzesform und die Durchsetzung der Gleichheit vor dem Gesetz führen muss. Gleiches gilt für die „soziale Frage“, die nicht ein für allemal gelöst werden kann, wie *Ruben* nachweist, sondern stets in neuer Gestalt in Erscheinung treten wird; sie ist eine „beständige Provokation, die beständig aufgehoben werden muss“.

[Folie 11 Renaissance des Marxismus]

Damit komme ich zu folgender Publikation, in der alle wichtigen Beiträge aus dem In- und Ausland, von internationalen Konferenzen und öffentlichen

¹² ND (Berlin), 24. Februar 1998, S. 11–14.

Diskussionen des Jahres 1998 zusammengefasst wurden. Es gehören dazu marxistische Autoren aus aller Welt. Daher wird die Rezension mit der Überschrift „Renaissance des Marxismus“ getitelt.¹³ Auch nach fast 10 Jahren kann eingeschätzt werden, dass nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus mit der Diskussion um das *Manifest* 1998 wirklich eine neue Phase marxistischer Diskussion angebrochen ist, die sich seither kontinuierlich entwickelt hat und zu vielen neuen realistischen Einschätzungen des Weltkapitalismus oder der Globalisierung sowie der nationalen kapitalistischen Entwicklung geführt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Aufsatz hervorheben, der die „Globalisierung“ im besonderen Maße in die Geschichte und Gegenwart der Weltwirtschaft einordnet: nämlich vom Amsterdamer Politologen und Ökonomen *Michael Krätke*.¹⁴ Er ist nicht nur ein Marx-Kenner, sondern ein mit der heutigen Weltwirtschaft sehr gut vertrauter Wissenschaftler. Er hebt hervor, dass Marx selbstverständlich die heutigen Phänomene der kapitalistischen Weltökonomie nicht prophezeien konnte, aber er hat die „Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen“ (MEW 42, 321), die dem modernen Kapitalismus innewohnt, sehr deutlich gesehen, jene „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts – so Marx im „Kapital“ – und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes“ (MEW 23, 790). *Krätke* macht veranschaulicht, dass heute verkündete Neuheiten so neu nicht sind: es gab auch zu Marx' Zeiten Revolutionen der Transport- und Kommunikationsmittel, die die Märkte miteinander vernetzten (man denke an Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen); es gab einen expandierenden Welthandel und damit entwickelte sich globales Kapital, das politische und geographische Grenzen überschritt. Dieser neue internationale Geld- und Kapitalmarkt beschleunigte und steigerte die „kosmopolitische Aktivität des Leihkapitals“, wie Marx an Danielson schon 1879 schrieb (MEW 34, 373). Daraus folgt, wie ich meine, dass wir uns nicht fürchten müssen, den Begriff „Kapitalismus“ wieder zu gebrauchen, statt Marktwirtschaft oder anderer umschreibender Begriffe (z.B. „Wohlstandsgesellschaft“). Marx' Analyse des Kapitals kann den Linken von heute als methodische Richtlinie für die Analyse der neuen Entwicklungstendenzen durchaus nützlich sein.

[Folie 12 Mythos Proletariat?]

In der der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nahestehenden theoretischen Zeitschrift „Marxistische Blätter“ wurde von drei führenden Theoreti-

¹³ ND (Berlin), 18. Dezember 1998, S. 13.

¹⁴ Michael Krätke: 150 Jahre danach. In: *Das Manifest – heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik*, Hamburg 1998, S. 28–63.

kern dieser Richtung innerhalb der Linken (*Robert Steigerwald, Hans Heinz Holz, Werner Seppmann*) das *Manifest* nicht nur gewürdigt, sondern seine geschichtsphilosophische Analyse als politischer Appell betrachtet. Dabei ging es wiederum um die Frage „Mythos Proletariat?“. ¹⁵ *Seppmann* zeigt, dass diese Rede vom Mythos die Rolle der Arbeiterklasse in historischen Umbruchsituationen verdrängt: das reicht von der Pariser Kommune 1871 über die Russische Revolution 1917 bis zu den großen politischen Aktionen 1968 in Frankreich. Der Autor hebt hervor, dass die „Entwicklung des Proletariats zu einer handlungsfähigen politischen Kraft ein anspruchsvoller und vielschichtiger Prozeß [ist]: Objektive Interessen müssen subjektiv *erfahrbar* gemacht werden“ (S. 39). Und weiter stellt er fest: „Aus der Klassenlage resultiert also nicht ‚automatisch‘ ein realistisches Verständnis der eigenen gesellschaftlichen Situation, geschweige denn eine klare Vorstellung von den Machtverhältnissen.“ Daher ruft *Seppmann* dazu auf, „neue Felder der Politisierung“ zu erschließen, da noch „keine sinnvollen Antworten auf die soziale Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsteile gefunden worden“ seien (S. 44). Sieben Jahre später scheint ein neuer Anlauf auf der Suche nach Antworten möglich.

[Folie 13 2006: Die Macht der Linken?]

Als sich im Frühjahr 2005, also etwa ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl, abzeichnete, dass ehemalige führende Politiker der SPD in die WASG eintraten und sich für eine offene Liste der Linken aussprachen, wurde ein neuer Parteibildungsprozess der Linken in Deutschland initiiert. Und als sogar *Oskar Lafontaine*, der ehemalige SPD-Parteivorsitzende – der aus der aktiven Politik ausgetreten war, weil er sie nicht mehr für vertretbar hielt – sich entschied, dieser neuen Bewegung beizutreten, war ein Durchbruch erzielt. Die Linke öffnete sich für die Gewerkschaften. Eine gemeinsame Plattform brachte die Linkspartei erneut in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag. Der „Spiegel“, das führende politische Wochenmagazin, illustrierte ein Titelblatt mit Marx unter der Überschrift: „Ein Gespenst kehrt zurück: Die neue Macht der Linken“. ¹⁶ Die Machtverhältnisse verschoben sich: drei kleine Parteien erreichten bei den Bundestagswahlen rund 30% der Stimmen, während CDU und SPD viele Wählerstimmen verloren und deshalb nur in einer Großen Koalition regieren können. Noch stärker als die CDU hat die SPD immer mehr ihre Stammwählerschaft und auch Mitglieder verloren, da sie vollständig auf neoliberalen Kurs einge-

¹⁵ Werner Seppmann: Mythos Proletariat? In: Marxistische Blätter (Essen), H. 1, 1998, S. 38–45.

¹⁶ Der Spiegel, Nr. 34, 22. August 2005.

schwenkt ist und sich am Sozialabbau in Deutschland beteiligt. Das Titelblatt bringt zum Ausdruck: sowohl die CDU als auch die SPD hatten gehofft, dass es keine Linkspartei im Bundestag geben wird, aber nun hatte sich links von der SPD eine nicht zu unterschätzende Kraft gebildet. Eine weitere Ursache für diese Entwicklung in der Parteienlandschaft möchte ich benennen:

[Folie 14 Unterschicht vs. „Drei-Drittel-Gesellschaft“

- Grau: Abgehängtes Prekariat (8%)
- Lila: Geringqualifizierte (7%)
- Braun: Selbstgenügsame Traditionalisten (11%)
- Gelb: Bedrohte Arbeitnehmermitte (16%)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD hat in diesem Jahr (2006) eine Studie zum Thema „Gesellschaft im Reformprozess“ in Auftrag gegeben. Vor kurzem wurden die ersten Ergebnisse bekannt. Die soziologische Befragung hatte das Ziel herauszufinden, welche Wertpräferenzen in der Bevölkerung vorliegen. Danach ergab sich die Zuordnung der Bevölkerung zu neun „politischen Typen“, die in dieser Grafik nach West- und Ostdeutschland unterteilt dargestellt sind. Uns interessieren die vier politischen Typen, die deutschlandweit zusammen 42% der Bevölkerung bilden. Es sind die Gruppen, die am meisten von Armut bedroht sind oder sich bereits in ihr befinden. Besonders fällt die Gruppe des „Abgehängten Prekariats“ auf: das ist geprägt von sozialem Ausschluss und Abstiegs Erfahrungen, mit dem höchsten Anteil an Arbeitslosen und sehr stark in Ostdeutschland vertreten. Hier gibt es sehr viele Nichtwähler, aber ebenso viele Wähler der Linkspartei oder rechtsextremer Parteien.

Aus diesem Anlass hatten die Linkspartei zusammen mit den Grünen im Oktober 2006 eine „Aktuelle Stunde“ im Bundestag beantragt. *Gregor Gysi* und andere Politiker der Linkspartei machten deutlich: im reichen Deutschland hat sich durch Massenarbeitslosigkeit und antisoziale Gesetzgebung der letzten Jahre eine „Armutsschicht“ gebildet. Es sei mit allen Mitteln Reichtum gefördert und mit „Hartz IV“ (neue „Sozialgesetzgebung“) Armut per Gesetz eingeführt wurden. Selbst ein Staatssekretär im Arbeitsministerium musste einräumen, dass es „Unterschichten“ gibt, und weiter: „früher habe man Arbeitermilieu gesagt und ganz früher Lumpenproletariat“ (!) – man solle nicht über die Begriffe streiten, sondern über Wege zur Veränderung der Situation. Dazu muss man wissen, dass dieses Thema zum ersten Mal auf die Tagesordnung im Bundestag gesetzt wurde und dass in Deutschland üblicherweise nicht von „Unterschicht“ gesprochen wird. Deutschland hat also zu Frankreich und Großbritannien in Europa aufgeschlossen.

Diese Beispiele könnte ich weiter konkretisieren, Statistiken anführen und über Einzelschicksale berichten. Aber ich denke, dass Sie über Japan ähnliches berichten können. Das sollten aber für die Linke Ansatzpunkte für eine konkrete Politik der sozialen Gerechtigkeit geben, nicht für Populismus. Diese Forderungen umfassen einen ganzen Katalog, der von der Kinderbetreuung bis zur Alterspflege reicht und wo der Staat seiner sozialen Verantwortung gerecht werden muss. Die Profite der global agierenden Unternehmen müssen nicht durch Steuererleichterungen maximiert werden, sondern zur Finanzierung solcher Maßnahmen herangezogen werden. Ich meine, dass sich hier ganz sinnbildlich die Aktualität des *Manifests* widerspiegelt.

[Folie 15 Aktuell: Lesen, lesen, lesen!]

Eigentlich ist dies schon mein Schlusssatz: Das *Manifest* hat und wird nicht seine Monumentalität einbüßen, es ist sein welthistorisches Schicksal, dass es von Millionen Menschen gelesen, ja studiert und in deren Kampf für soziale Gerechtigkeit genutzt werden wird, also: *lesen, lesen oder hören!*